

Material dienst

Inhalt

**Politiker entdecken die Kirche –
Die weltanschaulichen Grundlagen
unserer Gesellschaft**

SPD: durch das Christentum vor-
und mitgeprägt

CDU: Christliche Entscheidung mit
politischem Leben erfüllen

F.D.P.: Grundwerte sind christlichen
Ursprungs

**Inner- und außerkirchliche
Sondergruppen · Religionen ·
Weltanschauungsbewegungen ·
Ideologien**

MORMONEN

Die «Kirche Christi mit der
Elias-Botschaft»

PARAPSYCHOLOGIE

Psychokinese-Medium Matthew
Manning – ein zweiter Uri Geller?
PSI im amerikanischen Geschäftsleben
«Verein für Tonbandstimmen-
forschung»

Erste Fakultät für Parapsychologie

OKKULTISMUS

Esoterische „Brücke der Begegnungen“

Aus der
Evangelischen Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen



19

38. Jahrgang
1. Oktober 1975

Politiker entdecken die Kirche – Die weltanschaulichen Grundlagen unserer Gesellschaft

„Es zeigt sich erneut, daß sich die im Grundgesetz normierte Relation von Staat und Kirche nicht leicht auf eine ganz einfache Formel bringen läßt. Sie ist jedenfalls weder richtig umschrieben mit einer Trennung von Staat und Kirche im säkularisierenden Sinne eines Rückzuges des Staates aus aller Verbindung mit den Kirchen, noch war es zutreffend, wenn zeitweise die kirchenrechtliche Lehre dazu neigte, dieses Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften und dem weltlichen Gemeinwesen im Sinne einer Koordinierung voneinander auch rechtlich ganz unabhängiger Mächte zu deuten . . . Man wird die heutige verfassungsrechtliche Lage am besten charakterisieren durch die Betonung der Religionsfreiheit und der aus ihr fließenden Neutralität und Toleranz als der maßgeblichen Grundlage. Man wird aber zufügen können, daß diese rechtliche Basis ein gewisses Maß auch institutioneller Verbindung zwischen beiden Gemeinschaften, der weltlichen wie der kirchlichen, nicht ausschließt und daß eine solche Verbindung auch in einem weiteren Sinne sich als eine sinnentsprechende Verwirklichung der Religionsfreiheit erweist . . . In dem heutigen pluralen Gemeinwesen kann die Freiheit nicht mehr in allen Richtungen nur als individuelle Ausgrenzung verstanden werden. An vielen Stellen, gerade im geistig-kulturellen Bereich, kann Freiheit sich nur erfüllen, wenn zugleich auch der Staat in einem positiven und fördernden Sinne an der Verwirklichung dieser Freiheit des geistigen Ausdrucks und seiner Betätigung mitwirkt.“

Diese Sätze waren in den «Lutherischen Monatsheften» vom Februar 1973 zu lesen. Sie stehen in einem grundsätzlich gehaltenen Artikel von *Ulrich Scheuner*, dem Bonner Altmeister des Staatskirchenrechts und engagierten Ökumeniker. In diesem Artikel wurde unter der Überschrift „Kirchen im demokratischen Staat – Was folgt aus dem weltanschaulichen Pluralismus?“ in einer Art Resümee das Verhältnis von Kirche und Staat, besonders mit Blick auf die Bundesrepublik, analysiert – kurz vor dem Zeitpunkt, als in der F.D.P. die Diskussion über dieses Verhältnis aufgrund der Initiative der Jungdemokraten neu einsetzte und ihre wachsenden Kreise zog.

Jetzt, ein Jahr nach der Verabschiedung der Thesen der F.D.P. zur Trennung von Kirche und Staat auf dem 25. Bundesparteitag im Herbst 1974, erweist es sich als außerordentlich lohnend, noch einmal zurückzublicken. Faßt man nämlich eine Reihe von Stimmen aus den drei großen, im Bundestag vertretenen Parteien ins Auge, die sich teils schon früher gemeldet hatten, teils durch die erneute Diskussion herausgefordert wurden, so macht man eine überraschende Beobachtung: die Beobachtung nämlich, in welch erstaunlichem Maße führende Politiker die Kirche wieder zu entdecken begonnen haben.

Die folgenden, in einer Art Dokumentation zusammengestellten Voten zeigen jedenfalls in einer bemerkenswerten Deutlichkeit zweierlei. Einmal: die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen, wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Politiker ihre formal-wohlwollenden Verbeugungen vor einer im Grunde tabuisierten Institution Kirche machten. Zum anderen: nach dem Ende der Tabuisierung

und inmitten einer sich in der Tiefe wandelnden geistigen und gesellschaftlichen Situation rückt der Auftrag und die von diesen Politikern als unverzichtbar empfundene Funktion der Kirche für die Gesellschaft in einer erstaunlichen Eindeutigkeit wieder oder neu in den Blick.

Nicht mehr pietätvoll zu wahrende, schon gar nicht als Hemmnis für den Fortschritt zu bekämpfende Tradition steht hier im Vordergrund, sondern Bewältigung der Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft. Nicht mehr der Kampf um die Befreiung des Staates von klerikaler Bevormundung ist hier das aktuelle Thema, sondern die Frage, was in jenem Raum der Gesellschaft vor sich geht, dem der weltanschaulich neutrale Staat den Rahmen setzt.

SPD: durch das Christentum vor- und mitgeprägt

Am auffälligsten sind solche Voten aus der SPD zu hören, jener von ihrer Geschichte her eher von einem weltanschaulichen Atheismus Marxscher Herkunft, zumindest von einem deutlich antiklerikalen Akzent geprägten Partei. Trotz aller Enttäuschungen hält ihr Werben um die Kirche unvermindert an. So gewiß auch hier gelegentlich taktische und langfristige parteistrategische Erwägungen mit im Spiele sein mögen, so wird doch im Ernst niemand wagen können, alles, was hier in jüngster Zeit zum Auftrag der Kirche in unserem Staat gesagt wurde, darauf zurückzuführen. Dazu ist – ganz abgesehen von der persönlichen Überzeugung bewußter und engagierter Christen in den Führungspositionen dieser Partei – das, was in diesen Voten an gesamtgesellschaftlicher Verantwortung herauszuhören ist, viel zu gewichtig und ernst.

„Unsere ethischen und sozialen Begriffe“, so sagte der damalige Bundeskanzler und jetzige SPD-Vorsitzende *Willy Brandt* in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedens-Nobelpreises am 11. Dezember 1971 in Oslo, „sind durch zwei Jahrtausende Christentum vor- und mitgeprägt.“

Im Juli desselben Jahres hatte Brandt auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing erklärt: „Die Fortschreibung der Gegenwart ergibt noch keine Zukunft. Dazu bedarf es der Korrekturen, der Reformen. Und es bedarf neuer Anstrengungen. Ich habe den Eindruck, daß dabei den Kirchen eine wichtige Funktion zuwächst. Wo Kurskorrekturen nötig werden nicht aus ideologischer Voreingenommenheit, nicht aus dem Suchen nach einer heilen Welt, sondern aus der Sorge um den Menschen, kann die Stimme der Kirchen nicht nur warnen, sondern auch weiterhelfen. Wo es zum ersten Mal in der Geschichte um so etwas wie die bewußte – gute oder miserable – ‚Fortschreibung der Schöpfung‘ geht, hat die Kirche eine Chance, in die Zukunft zu weisen. Wo die materiellen Bedürfnisse an Gewicht verlieren gegenüber dem Suchen nach Gerechtigkeit, Teilnahme, Hoffnung – und wohl auch Liebe –, sind die Kirchen neu gefordert. Auch wenn für sie dasselbe gelten sollte wie für andere: daß die Fortschreibung der Linien aus der Vergangenheit noch keine Zukunft ergibt. In einer Gesellschaft der organisierten Interessen könnten sich die Kirchen vor allem zum Anwalt derer machen, deren Belange nicht organisierbar sind und nur unzulänglich artikuliert werden.“

Auf einer Klausurtagung von Vertretern der EKD und der SPD am 6. Oktober

1973 hat Brandt dies noch einmal unterstrichen: „Das Selbstverständnis der Kirche, daß sie sich dem bedrohten einzelnen jenseits von Ideologisierung solidarisch zuzuwenden habe, begründet in besonderem Maße die Eigenständigkeit ihres gesellschaftspolitischen Auftrags.“ Dort wies er auch nochmals nachdrücklich auf die die Kirchen betreffende Passage seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hin: „Die moralische Kraft eines Volkes beweist sich nicht so sehr in einer hohen Programmatik von Parteien, einer politischen Führung, einer geistigen Elite, sondern in seiner Bereitschaft zum Mitleiden – in seiner Fähigkeit, denen zu helfen, die Hilfe brauchen – und in seiner Toleranz gegenüber dem anderen. Frieden ist, so verstanden, kein Zustand, sondern eine Lebenshaltung. – Das Gespräch mit den Kirchen, das in den vergangenen Jahren fruchtbar begonnen wurde, ist gerade auf diesem Hintergrund sehr wichtig. Wir betrachten sie nicht als eine Gruppe unter vielen der pluralistischen Gesellschaft und wollen ihren Repräsentanten darum auch nicht als Vertretern bloßer Gruppeninteressen begegnen. Wir meinen im Gegenteil, daß die Kirchen in ihrer notwendigen geistigen Wirkung um so stärker sind, je unabhängiger sie sich von überkommenen sozialen oder parteilichen Bindungen machen. Im Zeichen deutlicher Freiheit wünschen wir die Partnerschaft.“

Wörtlich wurden diese Sätze, was die unmittelbare Anrede an die Kirchen anlangt, von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* in seine Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 übernommen. In einer Ansprache in St. Jacobi in Hamburg anläßlich einer „Geistlichen Woche“ hat Schmidt am 31. Oktober weitere Überlegungen zum Thema „Staat und Kirche“ vorgetragen. Diese Ausführungen wurden – ihren offiziösen Charakter damit unterstreichend – im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9. November 1974 abgedruckt.

„Ich halte das Vertrauen darauf“, so ist dort zu lesen, „der Mensch sei gleichsam von Natur aus auf Vernunft und Fortschritt und Freiheit angelegt, für eine Selbsttäuschung. Die Hitler-Diktatur, der Krieg und das Wissen von anderen schrecklichen menschlichen Verirrungen haben mich die Notwendigkeit transzendenter Bindungen des Menschen erkennen lassen. Freilich ist das vielen von uns so gegangen – es ist nichts Ungewöhnliches. Es ist nichts Ungewöhnliches, daß jemand auf diese Art dazu kam, bewußt seine Hoffnung auf die Kirche zu richten. Zumeist ist es wohl nicht die Theologie, die uns zu Christen gemacht hat, sondern die Erkenntnis oder die Erfahrung der Macht über uns und der Macht über unserer Geschichte, die Erfahrung des Vertrauens in Gott und auch in seine Kirche. Diese Erkenntnis und Erfahrung festzuhalten, dem Menschen darin ein Zuhause zu geben, für seine Seele zu sorgen, erscheint mir in unserer anscheinend mühelos lebenden, in Wahrheit aber aus vielen suchenden Einzelnen bestehenden Gesellschaft das Wichtigste, das Kirche in dieser Gesellschaft gegenüber dem Nächsten zu leisten vermag.“

„Nun dienen freilich sowohl der Staat als auch die sich selbst bestimmenden Kirchen den gleichen Menschen innerhalb der gleichen Gesellschaft“, heißt es später in der Ansprache Helmut Schmidts. „Und es ist deshalb nur vernünftig und nur natürlich, wenn sie beide miteinander kooperieren . . . Wo keine Ehrfurcht ist vor den letzten Werten, dort wäre die vom Staat gewollte Toleranz

kaum am Leben zu erhalten. Insofern wird also der Mann des Staates, wenn auch vielleicht meist unausgesprochen, Dankbarkeit dafür empfinden, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften beitragen zur Beeinflussung, zur Erziehung des einzelnen in Richtung auf Ehrfurcht vor den letzten Werten.“

Aber nicht nur die beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler, auch andere führende SPD-Politiker haben den nach ihrer Meinung notwendigen Dienst der Kirche in der demokratischen Gesellschaft unterstrichen. So erinnerte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, *Heinz Kühn*, in einem Beitrag in der «Bildungspolitischen Zeitschrift» (Nr. 5/6, 72/73) mit dem Titel „Über das Verhältnis von Staat und Kirche“ an das, was er bei der Verfassungsdebatte des Landes im Jahre 1950 gesagt hatte: „Die überwiegende Mehrzahl der Sozialdemokraten erkennt im Religiösen einen Eigenwert, eine im tiefsten Grunde unzerstörbare Kraft, einen unverzichtbaren sittlichen Wert im Leben der Gesellschaft.“ Im gleichen Artikel schreibt er – im Blick auf den Katholizismus –: „Im Verhältnis von Staat und Kirche, von kirchlichen Kräften und politischen Gruppen kann man aber beim bloßen Abbau des Gegeneinander nicht stehen bleiben.“ So sagte der Bremer Bürgermeister *Hans Koschnick* in einem Interview mit dem «epd» (epd ZA vom 28. August 1975): Die Kirchen seien heute viel mehr als nur der Zusammenschluß der Gläubigen. „Sie haben in einem großen Umfang gesellschaftliche Aufgaben übernommen, um den Menschen eine bessere menschliche Existenz zu ermöglichen.“ So meinte jüngst der Vorsitzende des Landesausschusses Niedersachsen der SPD, *Peter von Oertzen*, vor Vikaren der hannoverschen Landeskirche sogar, es bestehe eine Identität der geistigen Quellen von Christentum und Sozialismus, um freilich sofort abgrenzend hinzuzufügen: „Sobald die Kirche in die konkrete Politik geht, überspannt sie ihren Auftrag“ (epd ZA vom 4. September 1975). Diese Stimmen ließen sich beliebig vermehren.

CDU: Christliche Entscheidungen mit politischem Leben erfüllen

Aber auch aus der CDU/CSU melden sich neuerdings Stimmen, in denen ein Ton aufklingt, der noch vor wenigen Jahren so nicht denkbar gewesen wäre. Die CDU hat ja bei ihrer Gründung das „C“ – zeitweise ironisch oder anspornend als „hohes C“ bezeichnet – in ihren Parteinamen aufgenommen. Wohlwollend gedeutet sollte damit programmatisch zum Ausdruck gebracht werden, daß nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Christen beider Konfessionen sich mit der Gründung dieser Partei zu gemeinsamem politischen Handeln entschlossen haben. Zugleich sollten damit breite Bevölkerungsschichten angesprochen werden, sich nach dem Sündenfall der NS-Zeit wieder auf christliche Grundlagen zu besinnen und sie als Maßstäbe auch des politischen Handelns in die Gestaltung der neu entstehenden staatlichen Ordnung einzubringen. Kritisch gedeutet sollte damit der – wie wir wissen: erfolgreiche – Versuch unternommen werden, die nach 1945 sich vollziehende neue Zuwendung zu den Kirchen über das scheinbar verbindende „C“ auch für eine parteipolitische Zuwendung zur CDU zu nutzen.

Wie heiß dabei auch die Auseinandersetzungen um dieses „C“ innerhalb und

außerhalb der Partei zeitweise waren, daß die CDU auf alle Fälle mit diesem „C“ auch die politische Abstützung der Institution Kirche in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte, schien außer Zweifel. Deshalb war auch der ganze Bereich „Kirche“ für die CDU noch viel mehr als für Politiker der anderen großen Parteien eine tabuisierte Zone.

Voten aus der CDU, die über die formale Bestätigung der Notwendigkeit und Unantastbarkeit der Institution Kirche hinaus auf das Feld einer Sachdiskussion vorgestoßen wären, sind wenig zu finden. Bis heute ist aufs Ganze gesehen unumstritten, was etwa *Hans-Martin Pawlowski* in einem Grundsatzartikel „Neue und alte ‚Werte‘ – zur Situation von Staat und Kirche“ im Blatt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU «Evangelische Verantwortung» (September 1975) formuliert hat: „Einen wirksamen Schutz des Bürgers gegen die Allzuständigkeit und Allmacht des Staates kann . . . nur eine Institution bieten, die ebenso allgemein wie der Staat, aber mit anderer Aufgabenstellung, die Bürger in sich vereinigt – oder doch jedenfalls einen großen Teil von ihnen: Nicht zur Verwirklichung von Sonderinteressen, sondern zum Wohle aller. Die Freiheit des Bürgers ist daher institutionell (auf Dauer) nur gewährleistet, wenn er gleichzeitig zwei allgemeinen (das heißt auf das Allgemeinwohl ausgerichteten) gleichberechtigten Organisationen (Staat und Kirche) angehören kann, weil nur so ein ‚staatsfreier Raum‘ (durch den Staat) gewährleistet wird.“

Im gleichen Artikel findet sich jedoch ein Hinweis, der auf die sich ändernde Diskussionslage innerhalb der CDU aufmerksam macht. „Nachdenkliche Unionspolitiker“, so heißt es da, „sprechen . . . davon, daß ein – oder vielleicht sogar das – zentrale(s) Problem der achtziger Jahre die Suche nach einer neuen Sinngebung des Daseins sein werde – und es spricht manches für die Richtigkeit dieser Prognose.“ Damit wird aufgegriffen, was bereits in einem der Berichte der Grundsatzkommission der CDU unter Leitung von *Richard von Weizsäcker* formuliert worden war: „Die Befriedigung materieller Wünsche ist zwar in hohem Maße erfolgt. Aber sie schlägt nicht von selbst in Glück und Frieden um. Vielmehr stellen sich für den Menschen im Wohlstand die Fragen nach Sinn und Ziel des Lebens und der Gesellschaft neu.“

Durch einige Äußerungen des Generalsekretärs, *Kurt Biedenkopf*, hat diese Diskussion darüber hinaus noch einen neuen und überraschenden Akzent erhalten. „Die CDU“, so sagte Biedenkopf in einem Interview mit dem «Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt» vom 21. April 1974, „hat sich in den ersten Jahren ihrer Regierungszeit sehr darauf verlassen, daß die geistigen, ethischen und religiösen Wertfragen von den beiden christlichen Kirchen verwaltet wurden und daß man gewissermaßen auf das Ergebnis dieser Verwaltung zurückgreifen konnte. Bei dieser Art Arbeitsteilung hat die CDU zweierlei übersehen: 1. daß die beiden großen ‚Amtskirchen‘ als Organisation selbst in eine tiefe innere Krise gezogen wurden und 2. daß politische Ziele, die integrierende Kraft haben sollen, von der politischen Führung selbst inhaltlich bestimmt werden müssen. Man kann nicht Zielvorgaben aus anderen Organisationen übernehmen und dann gewissermaßen an eine konfessionelle oder sonstige Solidarität appellieren, um die eigene Führungsanstrengung zu entlasten. Mich interessiert deshalb . . . nicht in erster Linie, wie das Verhältnis der CDU zu den Kirchen ist,

sondern vor allem, wie das Verhältnis der CDU-Politik zum christlichen Glauben ist. Das heißt: Welchen Stellenwert, welche Bedeutung haben prinzipielle Glaubenssätze für mich als Mitglied, für die Partei als Ganzes? Der entscheidende Glaubenssatz, daß der Mensch Ebenbild Gottes ist, daß es eine vom Menschen nicht aufgebare Eigenverantwortlichkeit gegenüber Gott gibt – welche Bedeutung haben solche Sätze für unsere politischen Aussagen? ... Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn die CDU in ihrer Politik die unmittelbare Kraft solcher Aussagen umsetzen und deutlich machen kann, sich das Verhältnis zwischen Partei und Kirche im politischen Bereich umkehrt. Nicht mehr die Partei baut in erster Linie auf die Stabilität der Kirchen, sondern umgekehrt, die Kirchen bauen auf die Stabilität der Partei als der politischen Instanz, die grundsätzliche christliche Entscheidungen mit politischem Leben erfüllt.“

Trotz der zur theologischen Auseinandersetzung geradezu herausfordernden Problematik solcher Aussagen dürfen sie nicht isoliert gesehen werden. Einem Mann wie Biedenkopf ist natürlich völlig klar – und die zeitweilig in der CDU geführte Diskussion um die Beibehaltung des „C“ im Parteinamen unterstreicht dies nur –, daß sich die geistige Situation seit 1945 grundlegend geändert hat. Mit der These von der CDU als dem Hort des „Christlichen“ lassen sich heute keine Wählermassen mehr mobilisieren.

Vielmehr meldet sich, wenn man näher hinsieht, auch hinter solchen Sätzen des Generalsekretärs die Sorge, was in Zukunft in jenem weltanschaulich-religiösen Leerraum vor sich geht, den der moderne, weltanschaulich neutrale Staat bewußt freigegeben hat und der sich in zunehmendem Maße von christlicher Substanz entblößt. In diese Richtung weist beispielsweise sehr eindeutig die Forderung Biedenkopfs, „religiöse Potenz“ müsse in stärkerem Maße wiedergewonnen werden, wenn die Bürger dazu fähig sein sollen, in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren im Zeichen tiefgreifender Veränderungen Konflikte, Beschränkungen, Opfer und Leiden zu übernehmen (epd ZA, 10. Februar 1975).

F.D.P.: Grundwerte sind christlichen Ursprungs

Selbst bei der F.D.P, die ja mit ihrem Kirchenpapier eine neue Diskussionswelle ausgelöst hat, haben sich im Verlauf dieser Diskussion die Akzente verschoben. Sicher, zwischen den Jungdemokraten, die das Kirchenpapier eingebracht haben, zwischen denen, die in veränderter Form auf dem Hamburger Parteitag im Herbst 1974 zustimmten, und denen, die Nein dazu sagten, besteht ein erhebliches Spannungsfeld. Dennoch ist an der Entwicklung der innerparteilichen Auseinandersetzung und der Argumentation nach außen einiges aufschlußreich.

Am Anfang lag der Schwerpunkt auf der Forderung nach baldmöglichstem Abbau alles dessen, was als kirchliches Privileg angesehen wurde. Am Ende argumentierte man geradezu mit einem Hilfsangebot an die Kirche, ihr zu ihrer eigenen Identität zu verhelfen. Wieweit dem parteitaktische Überlegungen zugrunde lagen, mag offen bleiben. Sinn und Notwendigkeit der Kirchen, so konnte man jedenfalls immer wieder während der Diskussion hören, sollten mit den Forderungen einer „freien Kirche im freien Staat“ keineswegs grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Es kann dabei in dieser Dokumentation von Stimmen aus den verschiedenen politischen Lagern nicht darum gehen, die Probleme aufzuzeigen, die hinter den im F.D.P.-Papier aufgestellten Forderungen stehen und denen gegenüber sich die Kirchen gewiß nicht einfach auf eine formaljuristische Position zurückziehen können. Wohl aber gilt es zu zeigen, wie sich die Frage, wie sich jenes mögliche weltanschaulich-religiöse Vakuum in unserer Gesellschaft sinnvoll füllen läßt, bei Politikern aller Schattierungen anmeldet – selbst bei Politikern der F.D.P.

Zu Beginn der Diskussion hatte sich *Liselotte Funcke*, die später die endgültige Vorlage des F.D.P.-Kirchenpapiers auf dem Bundesparteitag einbrachte, in einer Reihe im «Publik-Forum» folgendermaßen geäußert: „Daß die Menschen neuerdings immer mehr nach den Werten jenseits des Meß- und Rechenbaren fragen, läßt uns ahnen, daß das wissenschaftlich Erkennbare nicht die einzige Dimension staatlicher Verantwortung und gesellschaftlichen Lebens ist. Staat und Kirche – so unterschiedlich und getrennt ihre Aufgaben auch sind – stehen in einer neuen Solidarität vor dem Problem menschlicher Ungewißheit und Ungeborgenheit. Die moderne Welt hat uns zwar durch Technik, Wirtschaft und Politik eine Fülle von Bequemlichkeiten, Abwechslungen, Absicherungen, freien Entscheidungsmöglichkeiten und sanitärem Komfort verschafft, aber mit den Möglichkeiten und Beliebigkeiten sind Ratlosigkeit und Orientierungslosigkeit sehr groß geworden. Hier könnte die Kirche helfen, wenn sie nicht – die eine Kirche mehr als die andere – so lange und so stark an den Traditionen und zeitlich gebundenen Werten der Vergangenheit festhalten würde . . . Wenn die Regierungserklärung der sozial-liberalen Koalition 1973 auf die Partnerschaft von Kirche und Staat verweist, so ist damit nicht ein neues Staat-Kirchen-Bündnis gemeint, sondern die Erkenntnis, daß der Staat auf seine und die Kirche auf ihre Weise jeweils für denselben Menschen und die Menschheit insgesamt Verantwortung tragen und daß daraus Kooperationsmöglichkeiten erwachsen können und genutzt werden sollen.“

Im Votum von *Hildegard Hamm-Brücher*, mit dem sie zur Ablehnung des Kirchenpapiers auf dem Hamburger Parteitag aufforderte und ihr eigenes Nein begründete, heißt es: „Wir haben nie gegen das Christentum selbst gestritten, sondern im Gegenteil immer deutlich gemacht, daß wir das Christentum auch und gerade im weltanschaulich und religiös neutralen Staat für eine wesentliche und durch nichts zu ersetzende Kraft halten. Wenn es anders gewesen wäre, hätten engagierte Christen in Vergangenheit und Gegenwart keinen Platz in dieser Partei haben können. Dieser Grundsatz galt für Theodor Heuss ebenso wie für Reinhold Maier, für Thomas Dehler ebenso wie für Karl-Hermann Flach (Grund für seine letzte Warnung vor dem Kirchenpapier!). Und dies war immer nicht nur ein Zeichen des Respektes oder der Toleranz vor einer großen Tradition, sondern es war vor allem die Anerkennung, daß die Grundwerte, mit denen wir leben und für die wir leben, christlichen Ursprungs sind.“

Überblickt man diese, aufs Ganze gesehen doch erstaunliche Welle der Erwartung, die hier von verantwortlichen Politikern der Kirche entgegenschlägt, so bleiben am Schluß zwei große, offene Fragen.

Einmal: ist die Kirche überhaupt in der Lage, diese Erwartung zu erfüllen? Sie

lebt ja nicht als Institution oder Rechtskonstruktion. Sie lebt ja von den Menschen, die sie tragen oder die sich von ihr abwenden. Nicht, um nochmals eine Formulierung von *Ulrich Scheuner* aufzugreifen, eine „Erschütterung der Verfassungsordnung zur Stellung der Kirchen“ ist das eigentliche Problem, vielmehr eine „Erosion des Bodens, auf dem sie steht“.

Zum andern: „Suchet der Stadt Bestes“ – dieses Wort aus Jeremia 29 hat die christliche Gemeinde allezeit auch als ihren Auftrag verstanden. Freilich nicht nur in der Bestätigung, sondern auch im kritischen Gegenüber zum Staat und zu der Gesellschaft, in der sie lebte. Ist der Ruf nach der Kirche in dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, in der wir leben, nur das Zeichen einer problematischen Spätblüte konstantinischen Denkens? Oder ist er ein Zeichen der Wiederentdeckung, daß die Botschaft der Kirche etwas mit dem unter uns aufbrechenden Hunger nach tiefem und erfüllten Menschsein zu tun hat?

Das jedenfalls sind die Gegenfragen, die die Kirche an sich selbst und an die erwartungsvoll nach ihr rufenden Politiker zu stellen hätte.

Helmut Aichelin

Inner- und außerkirchliche Sondergruppen · Religionen · Weltanschauungsbewegungen · Ideologien

MORMONEN

Die «Kirche Christi mit der Elias-Botschaft». (Letzter Bericht: 1975, S. 89ff)

Es ist, als ob der Wind Samen über den Ozean trüge: immer wieder gehen bei uns plötzlich kleine religiöse Pflänzchen auf, deren Samenbäume in den Vereinigten Staaten stehen.

Durch die Veröffentlichung des Buches „Das Wort des Herrn – gebracht zur Menschheit durch Seinen Engel“ (1974) wurde bekannt, daß «*The Church of Christ with the Elijah Message*» in Independence, Missouri, nun in Rottweil eine kleine deutsche Filiale hat. Jedenfalls wohnt dort der deutsche Vertreter, Martin Huonker, der im Juli des vergangenen Jahres von der Apostelversammlung dieser Kirche den Auftrag erhalten hatte, die ihr gege-

benen 93 „Engel-Botschaften“ zu übersetzen und als Buch herauszubringen. Es handelt sich um „Botschaften“, die der wiedererstandene Johannes der Täufer – der Elias und jetzige „Engel des Herrn“ – in den Jahren 1927–1933 einem *Otto Fetting* in Port Huron, Michigan, und 1937–1974 einem *W. A. Draves* übermittelt hat.

Fetting gehörte einem jener Mormonenzweige an, die sich unmittelbar auf die von *Joseph Smith* 1830 in Fayette, N. Y., gegründete Mormonenkirche zurückführen und die neue, nach Smiths Tod 1844 einsetzende Entwicklung nicht mitgemacht hatten. Die kleine Gruppe nannte sich «*Church of Christ, Temple Lot*». Als im Jahr 1925 eine größere Anzahl von Mitgliedern der

«Reorganisierten Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage» zu ihr übertrat, kam es zu einem spürbaren Aufschwung. 1926 wurden zwölf Apostel ernannt, darunter Fetting. 1927 setzten dann die Engelsbotschaften ein, zwei Jahre später kam es zur Neugründung der Kirche unter der Bezeichnung «Kirche Christi mit der Elias-Botschaft» und zum Bau eines Tempels in Independence.

Die „Engel-Botschaften“ in dem erwähnten Buch sind offensichtlich unrezensierte Aufzeichnungen der visionären Erlebnisse der beiden genannten Männer. Sie sind daher religionspsychologisch recht aufschlußreich. Unter anderem zeigen sie, wie stark Inhalt und Qualität der Botschaften und Visionen von dem geistigen und soziologischen Rahmen derer bestimmt werden, die sie empfangen. rei

PARAPSYCHOLOGIE

Psychokinese-Medium Matthew Manning - ein zweiter Uri Geller? (Letzter Bericht: 1973, S. 258ff) Tritt der 18jährige englische Oberschüler Matthew Manning die Nachfolge Uri Gellers an, um den es stiller geworden ist? Immerhin ist er nach Meinung des Parapsychologen Professor George Owen (Cambridge) das „gegenwärtig beste psychokinetische Medium der westlichen Welt“ («Esotera» 74/9). Wer ist dieser ernst, klug und bescheiden aussehende Matthew Manning? Bei einem Interview im Juli 1974 erzählte er aus seinem Leben («Esotera» 74/9).

1967 fing es an: im Hause Manning zeigten sich *Poltergeistphänomene*, das heißt, Dinge bewegten sich auf unerklärliche Weise von selbst. Der Vater wandte sich auf Anraten der Polizei an die Gesellschaft für parapsychologische Forschung in Cambridge, und Professor Owen, der sich des Falles annahm, konstatierte: es handelt sich nicht um Tricks. Mit kurzen Unterbrechungen traten die Phänomene immer wieder auf, auch in dem Schulinternat Matthews. Als Matthew durch Zufall entdeckte, daß er *automatisch schreiben* konnte, hörte der Spuk auf. Er selbst beurteilt die Ursache beider

PSI-Phänomene unterschiedlich: „Ich glaube, daß die Poltergeistkräfte in meiner eigenen Psyche entstanden sind und unbewußt in Aktion gesetzt wurden. Ich glaube nicht, daß diese Psychokinese damals etwas mit Geisteswesen zu tun hatte. Zuerst meinte ich, dasselbe gelte auch für das automatische Schreiben, aber inzwischen bin ich überzeugt, daß äußere Einflüsse daran beteiligt sind.“ Diese seine spiritistische Deutung wird durch folgende Begebenheiten unterstützt: Als Matthew eine Arbeit über Robert Webbe, den Architekten des elterlichen Hauses (18. Jahrhundert), verfaßte, „sah“ und „spürte“ er die hilfreiche Anwesenheit des Mannes. In einem verschlossenen leeren Raum des Hauses erschienen altertümliche Unterschriften und Jahreszahlen an den Wänden. Etwa fünfhundert. Sie alle hatten Bezug zu Robert Webbe und konnten anhand von Kirchenregistern verifiziert werden. Die SPR Cambridge (Society for Psychical Research) beobachtete und kontrollierte den Verlauf. Niemand sah die Schriftzüge erscheinen, aber man hörte Schreibgeräusche von außen und fand anschließend abgeschriebene Bleistifte im Zimmer. Auch Apporte

von Gegenständen aus dem 18. Jahrhundert ereigneten sich.

Während dieser Zeit bekam Matthew Manning bewußte Herrschaft über seine medialen Kräfte: „Ich hatte die Überzeugung gewonnen, daß ich die ursprünglich zur Psychokinese unbeußt freigegebene Kraft auch bewußt in eine definitive Richtung lenken konnte; ... ich konnte meine Energie konzentrieren. Ich tat dies, indem ich meinen Gedankeninhalt so vollständig wie möglich auszuleeren versuchte. Wenn mein Inneres dann ruhig ist wie ein stiller Teich, konzentriere ich mich auf einen bestimmten Namen, mit dem ich in Verbindung treten möchte. Meist beginnt meine Hand dann schon nach wenigen Sekunden zu schreiben, das heißt die ‚gedachte‘ Person übermittelt eine Botschaft.“

Auf dieselbe Weise entstehen auch Matthew Mannings *automatische Zeichnungen* (u. a. in der Art Picassos und Dürers). Auch Uri Geller-Effekte, das *Verbiegen von Metallgegenständen*, sind Matthew möglich. Zum Beispiel verbog er im April 1974 bei Bekannten (englische Kriminalbeamte) aus Spezialmetall hergestellte Clejuso-Handschellen. Eine anschließende gründliche Untersuchung im forensischen Polizeilabor ergab: „Die Handschellen lassen sich am Arm eines Menschen niemals so verbiegen, wie sie verbogen waren“ («Esotera» 74/8).

Ist Matthew Manning ein zweiter Uri Geller? Anscheinend nicht, denn er scheut die Publicity und stellt sich gerne und bereitwillig – im Gegensatz zu Geller – den Wissenschaftlern zu Experimenten und Tests zur Verfügung.

Im Juni/Juli 1974 arbeiteten 20 Parapsychologen im Rahmen einer Arbeitstagung in Toronto unter Leitung von

Professor Owen mit Matthew Manning. Auch hier wurden die Komplikationen aller Medien-Tests deutlich: Da eine paranormale Leistung nicht beliebig produzierbar ist und zudem sehr stark von dem sogenannten „affektiven Feld“, den Stimmungsfaktoren des Mediums, abhängt, liegt es auf der Hand, daß Apparaturen, Kameras, die Anwesenheit vieler Personen und der Erfolgswang hinderlich wirken. Trotzdem konnte Dr. Joel Whitton, einer der Wissenschaftler, resümieren: „Wir wissen heute eintausend Prozent mehr über psychokinetische Kräfte als wir wußten, bevor Matthew in Toronto ankam“ («Esotera» 74/9).

Vom 26. bis 29. November 1974 wurden im Institut für Psychohygiene und Grenzgebiete der Psychologie in Freiburg unter Leitung von Professor Hans Bender Experimente mit Matthew Manning durchgeführt («Esotera» 75/2). Professor Bender war durch George Owen und das von Matthew Manning verfaßte Buch „Der Psychokinet“ (Hermann Bauer Verlag, Freiburg 1974) auf ihn aufmerksam geworden und wollte vor allem seine psychokinetischen Fähigkeiten und das automatische Malen untersuchen. Die Psychokinese-Versuche brachten vor den Fernsehkameras kein Ergebnis, wohl aber produzierte Matthew unter diesen Belastungen eine automatische Schrift und eine interessante Zeichnung. Professor Bender, der die animistische Erklärungshypothese vertritt, erklärt, „daß automatisches Schreiben ein ‚Steigrohr des Unbewußten‘ ist und ohne bewußte Steuerung erfolgt, das heißt, daß das Medium die Schrift nicht bewußt produziert. Diesen Nachweis exakt zu führen, ist allerdings sehr schwierig, doch scheint mir im Gesamtbild von Matthew alles darauf

hinzudeuten, daß seine automatischen Niederschriften und vor allem Zeichnungen keine Vortäuschungen sind.“ Zusätzliche psychokinetische Experimente ergaben Resultate, „die man in der Parapsychologie als ‚ermutigend‘ bezeichnet; sie lassen aber keine eindeutigen Schlußfolgerungen zu.“ In Gesprächen zeigte sich, daß Matthew eine starke Abneigung gegen die Metallbiegeversuche hatte, weil er fürchtete, in den Geller-Rummel hineingezogen zu werden.

Für Professor Bender steht außer Zweifel, „daß Matthew eine starke paranormale Begabung hat, die alle Register von PSI umfaßt . . . Es sollte der größte Wert darauf gelegt werden, seine vielseitigen Leistungen objektiv in Ton und Bild zu dokumentieren . . . Die seltenen hochbegabten Medien

sind für einen Nachweis des lebendigen Wirkens von PSI von außerordentlicher Bedeutung. Sie zeigen uns, in welcher Weise Psyche und Persönlichkeit des Menschen in eine ‚erweiterte Natur‘ übergreifen, die neue Dimensionen anschaulich erkennen läßt. Vor allem ist die Zusammenarbeit mit einem begabten Medium überaus erfolgversprechend, das selbst distanziert und kritisch über seine eigenen Leistungen reflektieren kann, wie es bei Matthew der Fall ist.“

Auf die Frage nach seinen beruflichen Plänen antwortete Matthew Manning: „Keine, die etwas mit meinen medialen Fähigkeiten zu tun haben. Ich hoffe auf eine Laufbahn im Verlagswesen.“ Möge er sich angesichts seiner wachsenden Popularität diese Einstellung erhalten! sch

PSI im amerikanischen Geschäftsleben. Führungskräfte im Wirtschaftsbereich müssen oft schwerwiegende, in die Zukunft reichende Entscheidungen treffen. Trotz der ihnen zur Verfügung stehenden Marktanalysen und Computerberechnungen können unvorhersehbare Faktoren nicht ausgeschlossen werden. Hat der Manager, der diese Faktoren bei seiner Entscheidung unbewußt einkalkulierte, nach „Gespür“, aus „Intuition“ oder „präkognitiv“ gehandelt?

Seit 1962 arbeiten die Professoren Douglas Dean und John Mihalasky vom Newark College of Engineering daran, die Möglichkeit des Einsatzes von paranormalen Kräften im Geschäftsleben zu erforschen. Bei einem Kongreß von Generaldirektoren wurden diese einem Präkognitionstest unterzogen. Das Ergebnis ließ keinen Zweifel an einer PSI-Begabung der

meisten. Später testeten die beiden Wissenschaftler Manager von Firmen, die ihren Gewinn in fünf Jahren verdoppelt hatten, und solche, die unter dieser Quote lagen. „Das Ergebnis war frappierend: die ‚Gewinnverdoppler‘ hatten ganz eindeutig viel bessere PSI-Resultate als die anderen“ («Eso-tera» 75/4).

Was bisher also ganz unbewußt an PSI-Kräften eingeflossen war, wurde nun systematisch bewußt gemacht und merkantilisiert. Einen neuen PSI-Eignungstest verwenden bisher vier große amerikanische Firmen, um ihre leitenden Angestellten neben der fachlichen Qualifikation auch aufgrund ihrer paranormalen Begabung auszuwählen.

In anderer Form werden in den USA durch das „Erweiterte Delphi-System“ PSI-Kräfte wirtschaftlich nutzbar gemacht. Das „Delphi-System“, das von der in der Zukunftsforschung arbeiten-

den «Rand Corporation» entwickelt wurde, ist eine Methode der technologischen Voraussage: Bei der Entwicklung von Zukunftsprojekten zieht man statt eines Teams diejenigen Personen heran, die bei vergangenen Problemlösungen auf ihrem Gebiet weit über dem Durchschnitt lagen. Das „Erweiterte Delphi-System“ nimmt die Hilfe von „psychics“, von PSI-Begabten, in Anspruch.

Die anstehenden Fragen werden an das „ESP-Institute“ in Elizabethtown/New York gegeben und dort medial beantwortet. Um der Gefahr der im paranormalen Bereich häufig auftretenden doppelsinnigen Angaben zu entgehen, werden die „Aussagen von wenigstens drei unabhängig voneinander arbeitenden Mitgliedern des PSI-Teams verglichen und analysiert“. Anfragen, die nur dem persönlichen Gewinn dienen oder rein politischer Na-

tur sind, „werden von den ‚psychics‘ nicht beantwortet, da ihre außersinnlichen Fähigkeiten in solchen Fällen ausbleiben... Es besteht also gewissermaßen eine höhere ‚ethische Kontrolle‘“ («Esotera» 75/1).

Die beiden durch ihr Buch „PSI“ bekannten Journalistinnen Sheila Ostrander und Lynn Schroeder haben in ihrem neuen Werk „Vorauswissen mit PSI“ (Scherz Verlag 1975) eine Fülle von Beispielen der PSI-Anwendung in der amerikanischen Wirtschaft gegeben.

Ob dieser Trend zur Wirtschaftsführung mit Hilfe von PSI-Kräften, wenn er auf Europa übergreifen sollte, bejaht werden kann, ist fraglich. Sicher ist er aber ein Symptom dafür, daß das Wissen um die Existenz der PSI-Phänomene ohne den Beigeschmack des „Okkulten“ zumindest in den USA weit verbreitet ist. Und das ist gut so.

sch

«Verein für Tonbandstimmenforschung». Bei der Tagung der Tonbandstimmenforscher am 26./27. April 1975 in Horb am Neckar konstituierte sich der «Verein für Tonbandstimmenforschung», kurz V.T.F., mit Sitz in Düsseldorf. Erster Vorsitzender wurde *Fidelio Köberle*, Diplom-Psychologe aus Düsseldorf.

Köberle gab die Richtlinien des Vereins bekannt, der vor allem die Forschungsarbeit des im November 1974 verstorbenen *Dr. Konstantin Raudive* fortsetzen will: „Der Verein verfolgt die Auswertung von Tonbändern nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Er setzt sich die Entwicklung und Erweiterung verschiedener Einspielmethoden zum Ziel, dient dem Zusammenschluß von Tonbandstimmenforschern und

Interessenten, dem Gedanken- und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern, und der Kontaktaufnahme mit Personen und Institutionen, die über technisch- und verfahrensmäßig wichtige Einrichtungen verfügen... Die Tonbandstimmenforschung ist kein Selbstzweck. Sie will vielmehr die weltanschaulichen, philosophischen und psychologischen Erkenntnisse durch den Nachweis des Lebens nach dem Tode vertiefen“ («Esotera» 75/6).

Die Vereinsmitglieder vertreten also die spiritistische Hypothese, nach der sich die Geister Verstorbener durch Tonband und Radio melden. Bei den vorhergehenden Tagungen in Düsseldorf und Horb war u. a. auch Professor *Hans Bender* aus Freiburg anwesend. In seinen Referaten vertrat er die ani-

mistische Theorie, nach der die Phänomene durch Psychokinese, Präkognition und telepathisches Hellsehen bewirkt werden.

Allerdings ist zu bezweifeln, ob Professor Bender weiterhin zu den Vereinstagungen eingeladen werden wird, denn Hildegard Schäfer schließt ihren Bericht über die Vereinsgründung folgendermaßen: „Wahrscheinlich ist der irdische Weg eine Art Schule für Aufgaben uns unbekannter Größe in einer späteren Daseinsform, die es zu be-

wältigen gilt. Daß es uns möglich wurde, Stimmen aus dem ‚Jenseits‘ zu hören, ist Trost und Verpflichtung zugleich. Wir haben ein Zipfelchen von etwas beinahe Unmöglichem zugeworfen bekommen – an uns liegt es, ob dieser Hoffnungsschimmer vielleicht eines Tages als strahlendes Licht unsere Dunkelheit erhellt“ («Esotera» 75/6). Das ist Spiritismus, der mit wissenschaftlicher Parapsychologie kaum noch etwas zu tun hat. sch

Erste Fakultät für Parapsychologie. Der schwedische Professor für Psychologie, *Martin Johnson*, wurde Inhaber des Ordinariats der neugegründeten Fakultät für Parapsychologie an der *Universität Utrecht* in Holland. Gleichzeitig wurde Parapsychologie als Studienfach neben den klassischen Fächern in den Lehr- und Studienplan aufgenommen («Esotera» 75/1).

Professor *W. H. C. Tenhaeff*, der seit

1936 in Utrecht Parapsychologie lehrte, hatte eine Spezialprofessur, die auf private Initiative der «Holländischen Gesellschaft für psychische Forschung» eingerichtet worden war. Das in Deutschland an der Universität Freiburg arbeitende «Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene» (Lehrstuhlinhaber ist Professor *Hans Bender*) ist der medizinischen Fakultät angeschlossen. sch

OKKULTISMUS

Esoterische „Brücke der Begegnungen“. (Letzter Bericht: 1974, S. 316ff) Die Zeitschrift «Esotera – Wunderwelt an den Grenzen unseres Wissens» veröffentlicht einmal pro Jahr eine Liste aller Orte, in denen sich Leser der «Esotera» zu persönlicher Aussprache und Kontakten mit Gleichgesinnten bereithalten. Weshalb? „Aus ungezählten Zuschriften wissen wir, daß der Wunsch nach menschlicher Begegnung, freiem Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Esoterikern, geistes- und grenzwissenschaftlich, okkultistisch Interessierten und Informierten ein wich-

tiges Anliegen vieler Leser ist“ («Esotera» 75/9).

Die Liste der Kontaktpersonen für 1975/76 umfaßt 260 Orte in der Bundesrepublik mit 414 Personen; zudem 129 Orte in 25 Ländern (von Argentinien über Irland und Iran bis Venezuela). Bemerkenswert ist, daß in Deutschland in diesem Jahr die Kontaktpersonen um 80 – bei nur 10 Abgängen – zugenommen haben. Daran zeigt sich neben anderem das zunehmende Interesse an allen grenzwissenschaftlichen Fragen.

sch

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Von der
Nordsee
bis zu den
Alpen





Quell Verlag
Stuttgart

Die 23 Kapitel dieses Buches bieten Situationsbeschreibungen in Kurzgeschichten von Kafka bis Böll, von Hemingway bis Solschenizyn. Den Kurzgeschichten zugeordnet sind Texte zeitgenössischer Theologen von Bonhoeffer bis Moltmann, von Tillich bis Sölle. Der Leser findet Darstellungen, Befunde und Überlegungen zu den großen Lebensfragen.

»Mittelpunkt Mensch« ist mit seinem Reichtum an Perspektiven, durch Auswahl, Zuordnung und Kommentar, ein Lese- und Arbeitsbuch von großer Spannweite. Das Buch ist auf Information und aktuelle Auseinandersetzung hin angelegt und eignet sich zugleich für die Arbeit in der Schule und in Diskussionsgruppen. *DM 18.—*

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen im Quell Verlag Stuttgart. – *Redaktion:* Pfarrer Helmut Aichelin (verantwortlich), Pfarrer Michael Mildenerger (geschäftsführend), Pfarrer Dr. Hans-Diether Reimer. *Anschrift der Redaktion:* 7 Stuttgart 1, Hölderlinplatz 2 A, Telefon 22 70 81. – *Verlag:* Quell Verlag und Buchhandlung der Evang. Gesellschaft in Stuttgart GmbH, 7 Stuttgart 1, Furtbachstraße 12A, Postfach 897. *Kontonummer:* Landesgiro Stuttgart 2036340. *Verantwortlich für den Anzeigenteil:* Heinz Schanbacher. – *Bezugspreis:* jährlich DM 20,– einschließl. Mehrwertsteuer und Zustellgebühr. *Einzelnummer* DM 1,– + Porto. *Bestellungen in jeder Buchhandlung und beim Verlag.* – Alle Rechte vorbehalten. – *Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evang. Presse.* – *Druck:* Maisch & Queck, Gerlingen/Stuttgart.